

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Migration
am Mittwoch, **17.06.2026**, 17:02 Uhr - 19:20 Uhr,
Festsaal, 1. Etage, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der Fraktion GRÜNE:

Britta Anger, Marie Diekmann, Simon Haack, Katharina Könning, Medya Mustafa, Martin Reuschel, Harald Wölter (Vertretung für Frau Dr. Brigitte Hasenjürgen)

von der CDU-Fraktion:

Andreas Bracht, Benedict Kegler (Vertretung für Frau Dr. Sabrina Martens ab 18:42 Uhr), Babette Lichtenstein van Lengerich, Jutta Malik, Dr. Sabrina Martens (bis 18.42 Uhr), Ulrike Twyhues, Peter Wolfgarten

von der SPD-Fraktion:

Ines Holthaus (Vertretung für Frau Dr. Tanja Andor ab 19.10 Uhr), Volker Nicolai-Koß (bis 19.15 Uhr), Charlotte Post (Vertretung für Frau Dr. Tanja Andor bis 19.10 Uhr), Dr. Thomas Prien (Vertretung für Herrn Volker Nicolai-Koß ab 19.15 Uhr), Maria Winkel

von der Fraktion Die Linke:

Sebastian Nahrwold, Patricia Niehaus (Vertretung für Frau Fatma Karana bis 17.47 Uhr)

von der Fraktion Volt:

Milan Busch

von der Ratsgruppe FDP:

PD Dr. Astrid Stumpf

von der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP:

Frank Scholthaus

Sachkundige Einwohner/innen:

Roudy Ali, Julia Gakstatter, Sabine Gebbert, Andreas Viehoff-Heithorn, Pfarrer Sven Waske, Rainer Wick

von der Verwaltung:

Stadträtin Cornelia Wilkens, Stefanie Remmers, Dagmar Arnkens-Homann, Dr. Tim Kornblum, Marcus Schölling, Heinz Lembeck, Florian Stritzke, Karin Weinlich, Simone Schönfeld, Andjela Rakowski

Gäste

Till Meinelt, Bernd Mülbrecht, Ines Hemker

für die Schriftführung:

Daniela Noack

Es fehlte/n:

Dr. Tanja Andor, Dr. Brigitte Hasenjürgen, Fatma Karana

Tagesordnung

- | | | |
|---|------|---|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| | 5. | Berichte der Arbeitsgemeinschaften aus dem Prozess zur Neuausrichtung der Hilfen für Menschen in Wohnungsnotlagen |
| | 6. | Informationen der Verwaltung über wesentliche Themen der Wohnungslosenhilfe in der Stadt Münster |
| <u>V/0324/2026</u>
III | 7. | Münsterumfrage 2025 - Methodik und zentrale Ergebnisse |
| <u>V/0322/2026</u>
VI | 8. | Satzung zur Begründung kommunaler Benennungsrechte im geförderten Mietwohnungsbau (Benennungsrechtssatzung) |
| <u>V/0027/2026</u>
V | 9. | Jahresbericht zur Inanspruchnahme des Notfallfonds zur Versorgung von Menschen ohne geregelten Zugang zum Gesundheitssystem |
| <u>V/0034/2026</u>
V | 10. | Barrierefreie und inklusive gynäkologische Versorgung in Münster
Antrag A-R/0030/2024 "Barrierefreie und inklusive gynäkologische Versorgung - Evaluation und Verbesserung der gynäkologischen Versorgung von Frauen mit Behinderung in Münster" |
| <u>V/0272/2026</u>
V | 11. | Basisinformationen des Jobcenters der Stadt Münster |
| <u>V/0259/2026</u>
V | 12. | Ombuds- und Schlichtungsstelle für das Jobcenter sowie Kund*innenreaktionsmanagement und Kund*innenzufriedenheitsbefragung des Jobcenters: Jahresberichte 2025 |
| <u>V/0177/2026/1</u>
V
und
<u>V/0177/2026</u>
V | 13. | Förderung von Aktivitäten und Projekten im Bereich "Inklusion - Teilhabe und politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in Münster stärken" |
| <u>V/0260/2026</u>
V | 14. | Kommunale Pflegeplanung für die Stadt Münster 2026 |
| | 15. | Verschiedenes |

Herr Nahrwold eröffnete um 17.02 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Migration und begrüßte die Anwesenden.

Herr Nahrwold stellte die ordnungsgemäße Ladung des Ausschusses fest.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
---------------------------------	--

Herr Nahrwold verlas die Verpflichtungsformel. Anschließend erklärten Herr Thomas Schlickum und Frau Ursula Gerling-Huesmann „Ich verpflichte mich“.

Punkt 2 der Tagesordnung	Festsetzung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Die Tagesordnung wurde wie vorgesehen festgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung	Eingänge und Mitteilungen
---------------------------------	----------------------------------

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Eingänge
-----------------------------------	-----------------

Keine

Punkt 3.2 der Tagesordnung	Mitteilungen
-----------------------------------	---------------------

Frau Arnkens-Homann gab nachfolgende Mitteilungen zur Kenntnis, die vorab per Mail an die Ausschussmitglieder versandt worden waren. Die Unterlagen sind der Niederschrift beigelegt.

1. Sachstand zu Ausschreibung und Vergabe arbeitsmarktpolitischer Angebote des Jobcenters der Stadt Münster, Jobcenter – Anlage 1
2. Mitteilung: Teilnahme am Landesprogramm „Gesundes Aufwachsen“ und „Schatzsuche“, Gesundheitsamt – Anlage 2

Zu 2: Auf Nachfrage wurde durch die Verwaltung erklärt, dass für die Auswahl der Kitas auch ausschlaggebend sei, dass diese in strukturell benachteiligten Quartieren lägen.

Punkt 4 der Tagesordnung	Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
---------------------------------	---

Keine

Punkt 5 der Tagesordnung	Berichte der Arbeitsgemeinschaften aus dem Prozess zur Neuausrichtung der Hilfen für Menschen in Wohnungsnotlagen
---------------------------------	--

Herr Lembeck erklärte einleitend, dass aus den anfänglich fünf Arbeitsgruppen mittlerweile acht Arbeitsgruppen geworden seien, die sich im Rahmen des „Prozesses zur Neuausrichtung der Hilfen für Menschen in Wohnungsnotlagen“ mit verschiedenen Thematiken beschäftigen würden.

Es folgte die Berichterstattung durch Sprecher*innen der jeweiligen Arbeitsgemeinschaften:

AG Prävention (Referentin: Andjela Rakowski)

Die AG setzte ein Pilotprojekt zur Ausweitung des präventiven Handlungsansatzes um und verbesserte durch den Austausch mit beteiligten Institutionen die Zusammenarbeit sowie die Bearbeitungszeiten für Betroffene. Zudem befasste sich die AG mit dem Thema Umzugsmanagement; hierzu liegen aufgrund des derzeitigen Ruhens der AG jedoch noch keine Ergebnisse vor.

AG Hilfen für Wohnungslose (Referent: Till Meinelt)

Die AG stellte im Rahmen einer Bedarfsanalyse fest, dass in Münster keine zusätzlichen Tagesaufenthalte für wohnungslose Menschen erforderlich sind, sondern bestehende Angebote gestärkt werden sollten. Zudem wurden Handlungsbedarfe in der ordnungsrechtlichen Unterbringung benannt und ein weiterer Austausch mit der Verwaltung hierzu vorbereitet.

AG Dauerhafte Wohnraumversorgung (Referent: Bernd Mülbrecht)

Die AG begleitete die Weiterentwicklung der Sozialen Wohnraumagentur, setzte sich für bessere Rahmenbedingungen bei Trägerwohnungen und der Versorgung von High-Need-Clients ein und brachte wohnungspolitische Positionen sowie Fördermöglichkeiten in den fachlichen Austausch ein.

AG Wohnbegleitende Hilfen (Referentin: Ines Hemker)

Die AG entwickelte Maßnahmen zum besseren Schutz von Mitarbeitenden und bereitete sich in einem kommunenübergreifenden Workshop mit den Jobcentern Dortmund und Münster auf die Auswirkungen der SGB-II-Novelle vor, um existenzgefährdende Sanktionen möglichst zu vermeiden. Zudem wurde das Nachsorgeprojekt „Keep in Touch“ um ein weiteres Jahr verlängert.

AG Beteiligung (Referentin: Andjela Rakowski)

Die AG verbesserte die Orientierung im Hilfesystem durch ein neues Informationsplakat und trieb die Planung von Spinden für obdachlose Menschen sowie weiterer niedrigschwelliger Beteiligungs- und Sichtbarkeitsformate voran.

AG Öffentlichkeitsarbeit (Referentin: Ines Hemker)

Die AG entwickelte ein gemeinsames Logo zur stärkeren öffentlichen Wahrnehmung der Wohnungslosenhilfe und arbeitet an einer mehrsprachigen, barrierearmen Online-Lotsenplattform, um den Zugang zu Hilfsangeboten zu erleichtern.

AG Gesundheit (Referent: Bernd Mülbrecht)

Die AG stärkte die Zusammenarbeit der Akteure im Bereich der gesundheitlichen Versorgung wohnungsloser Menschen, traf Absprachen zur Wundversorgung.

AG Migration (Referent: Till Meinelt)

Die AG Migration wurde neu gegründet, priorisierte ihre Arbeitsschwerpunkte, wählte ein Sprecherteam und legte ihre Sitzungstermine bis zum Jahresende fest.

Der Ausschuss lobte die gute Arbeit. Es wurde darum gebeten, auf zwei Personengruppen in der Arbeit besonders zu achten: Frauen und High-Need-Clients. Auf Nachfrage zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Konzeptes zur Neuausrichtung der Hilfen für Menschen in Wohnungsnotlagen antwortete Frau Wilkens, dass die Neuausrichtung als eine dauerhafte Entwicklung zu verstehen sei. Es ginge weniger darum, ein abgeschlossenes Konzept zu entwickeln, als vielmehr darum, aus den AGs heraus Angebote und Maßnahmen zu einer stetigen Verbesserung der Wohnungslosenhilfe zu entwickeln, von denen Maßnahmen mit zusätzlichem Finanzbedarf zu den jährlichen Haushaltsberatungen der Politik vorgestellt würden.

Punkt 6 der Tagesordnung**Informationen der Verwaltung über wesentliche Themen der Wohnungslosenhilfe in der Stadt Münster**

Herr Lembeck und Herr Stritzke informierten anhand einer Präsentation zur Wohnungslosenhilfe in der Stadt Münster (siehe Anlage 3). Herr Lembeck betonte, dass Nachfragen zur Arbeit auch unterjährig jederzeit willkommen seien.

Herr Lembeck erklärte auf Nachfrage, es sei enorm schwer für die Zielgruppe Wohnraum zu akquirieren. Es würde aktiv nach Standorten für „dauerhafte Übergangslösungen“ gesucht, bei Neubaugebieten würden diese bei der Planung mit bedacht. Zudem wurde erläutert, dass es für Kommunen eine Unterbringungsspflicht gäbe. Die Kosten hierfür würden dem Haushalt zu Lasten fallen.

Herr Wolfgarten erkundigte sich unter Anderem nach konkreten Daten zu den benötigten Plätzen oder den Kosten für die Unterbringung. Die Fragen wurden im Nachgang zur Sitzung schriftlich eingereicht und beantwortet, vgl. Anhang 4.

Auf weitere Nachfragen erklärten Herr Stritzke und Herr Lembeck, dass wohnungslose Personen sich eher selten selbst melden, häufiger erfolge eine Information aus dem Umfeld der Betroffenen. Was die Unterbringung in Außenstadtteilen beträfe, sei diese grundsätzlich möglich, jedoch müsse genau geprüft werden, ob die Angebotslandschaft hier dem Bedarf der jeweiligen Zielgruppe entspreche.

Herr Lembeck erläuterte, dass die Stellen bei der Stadtverwaltung zur Umsetzung der Landesinitiative „Endlich ein Zuhause!“ bis Ende 2027 befristet seien und zu gegebener Zeit zu entscheiden sei, ob diese verlängert werden sollten.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0324/2026****Münsterumfrage 2025 - Methodik und zentrale Ergebnisse**

Die Vorlage wurde durch den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Migration zur Kenntnis genommen.

Auf zwei Aspekte der Befragung wurde in den Anmerkungen Bezug genommen: auf die Bedeutung Münsters als Wirtschaftsstandort und die Notwendigkeit der Verbesserung des Wohnungsmarktes für die Bürger*innen.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0322/2026****Satzung zur Begründung kommunaler Benennungsrechte im geförderten Mietwohnungsbau (Benennungsrechtssatzung)**

Der Beschlussvorschlag aus der Vorlage wurde durch den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Migration einstimmig beschlossen.

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung zur Begründung kommunaler Benennungsrechte im geförderten Mietwohnungsbau im Gebiet der Stadt Münster (Benennungsrechtssatzung).

2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Eigentümern der vom Geltungsbereich der Satzung erfassten öffentlich geförderten Mietwohnungen die im Jahr 2021 abgeschlossenen Kooperationsvereinbarungen zur eigenverantwortlichen Wohnungsversorgung besonders dringlicher Haushalte zu verlängern (Anlage 2).

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Umsetzung dieser Beschlüsse entstehen keine Kosten.

Punkt 9 der Tagesordnung V/0027/2026

Jahresbericht zur Inanspruchnahme des Notfallfonds zur Versorgung von Menschen ohne geregelten Zugang zum Gesundheitssystem

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Migration nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung V/0034/2026

Barrierefreie und inklusive gynäkologische Versorgung in Münster Antrag A-R/0030/2024 "Barrierefreie und inklusive gynäkologische Versorgung - Evaluation und Ver- besserung der gynäkologischen Versorgung von Frauen mit Behinderung in Münster"

Es lag ein Beratungsverlauf vor: der Ausschuss für Gleichstellung hatte die Vorlage am 02.06.2026 ohne Beschlussfassung geschoben.

Herr Dr. Kornblum und Frau Schönfeld führten in das Thema ein.

Dr. Kornblum erläuterte, dass zur Bestandsaufnahme die gynäkologischen Praxen und Kliniken in Münster befragt wurden, ergänzend seien wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt worden. Zur gewählten Methodik wurde ausgeführt, dass ein pragmatisches und zügig umsetzbares Verfahren gewählt wurde und man sich daher auf das konzentriert habe, was kommunal sinnvoll und machbar sei. Aufgaben, die über die bestehenden Zuständigkeiten und laufenden Arbeitsbereiche hinausgingen, würden eine gesonderte Bereitstellung von notwendigen Personal- und Sachmitteln erfordern.

Frau Schönfeld erklärte, dass bei der Erstellung des Berichts insbesondere der Frage nachgegangen worden sei, weshalb bekannte Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit bislang nur eingeschränkt umgesetzt würden. Die Rückmeldungen der befragten Praxen hätten gezeigt, dass trotz individueller Lösungsansätze der Gynäkolog*innen weiterhin relevante Barrieren bestünden, deren Abbau maßgeblich von strukturellen Faktoren abhänge, die außerhalb des unmittelbaren Einflussbereichs der Kommune lägen.

Abschließend wurde erklärt, dass das Gesundheits- und Veterinäramt das Thema in den bestehenden Austauschformaten weiterverfolgen würde. Da die wesentlichen Herausforderungen auf Landes-, Bundes- und vertragsärztlicher Ebene verortet seien, könnten kommunale Maßnahmen allein keine umfassende Lösung bewirken.

Nach intensiver Diskussion beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Migration einstimmig dem Hauptausschuss die Annahme des Beschlussvorschlages in folgender ergänzter Form zu empfehlen (**Ergänzung fett**):

1. Der Bericht (Anlage 2) wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahmen, wie im Bericht detailliert beschrieben, zeitnah umzusetzen, dazu mit dem „NetzwerkBüro Frauen und Mädchen mit Behinderung / chronischer Erkrankung NRW“ in engem Austausch zu bleiben und die Erfahrungen von Betroffenen bei der weiteren Entwicklung von Maßnahmen aktiv hinzuzuziehen:

- Einbeziehung der zuständigen Akteur*innen
- Sensibilisierung & Information weiterer Akteur*innen
- Verbesserung der Barrierefreiheit der „Anonymen Spurensicherung“

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt,

- in Kooperation mit der Selbst- und Interessenvertretung der Mädchen und Frauen mit Behinderung konkrete Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote für gynäkologische Praxen und Kliniken zu entwickeln.
 - eine öffentliche Diskussions- und Fachveranstaltung zur gynäkologischen Versorgung von Frauen mit Behinderungen als gemeinsame Initiative des Gesundheitsamtes, der kommunalen Behindertenbeauftragten beziehungsweise des Sozialamtes sowie der kommunalen Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention durchzuführen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Fachausschüssen nach zwei Jahren erneut zur Entwicklung der inklusiven gynäkologischen Versorgung in Münster zu berichten.
 3. Der Ratsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD und Volt „Barrierefreie und inklusive gynäkologische Versorgung - Evaluation und Verbesserung der gynäkologischen Versorgung von Frauen mit Behinderung in Münster (A-R/0030/2024) vom 08.06.2024 (Anlage 1) ist damit erledigt.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0272/2026**

**Basisinformationen des Jobcenters der Stadt
Münster**

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Migration dankte dem Jobcenter für die Arbeit und nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0259/2026**

**Ombuds- und Schlichtungsstelle für das Jobcenter
sowie Kund*innenreaktionsmanagement und
Kund*innenzufriedenheitsbefragung des Jobcen-
ters: Jahresberichte 2025**

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Migration nahm die Vorlage zur Kenntnis und dankte der Ombuds- und Schlichtungsstelle für deren Arbeit.

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0177/2026/1
und
V/0177/2026**

Förderung von Aktivitäten und Projekten im Bereich "Inklusion - Teilhabe und politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in Münster stärken"

Der vorliegende Beschlussvorschlag ist eine Ergänzungsvorlage zur Vorlage V/0177/2026, resultierend aus der Vorberatung der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung vom 23.04.2026.

Zu Beginn der Beratung um 9.14 Uhr erklärten sich Frau Könning und Herr Nahrwold für diesen Tagesordnungspunkt befangen. Um 19.15 Uhr übernahm Frau Winkel stellvertretend den Sitzungsvorsitz.

Um 19.16 Uhr übernahm Herrn Nahrwold wieder die Sitzungsleitung.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Migration beschloss einstimmig **(Änderung und Ergänzung fett)**:

I. Sachentscheidung:

1. Folgende Projekte werden nach den Richtlinien für die Förderung von Aktivitäten und Projekten im Bereich „Inklusion – Teilhabe und politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in Münster stärken“ gefördert:

1. Kinderdisco „Brausepalast“
Antragsteller: Lebenshilfe Münster e.V.
Zuschuss: 4.220 €
2. Aktionstage des inklusiven Mädchentreffs
Antragsteller: Ev. Kinder- und Jugendzentrum Hiltrup
Zuschuss: 2.200 €
3. Peng! Impro Show mit dem Ensemble Negotiating Power für Gehörlose und Hörende
Antragstellerin: Peng! Improtheater GbR
Zuschuss: 1.700 €
4. Theater-Aufführung „Nie wieder. Vor allem auch nicht mit uns!“
Antragsteller: Eintopf e.V.
Zuschuss: 4.000 €
5. „Teilhabe sichtbar machen“ – Informationsbroschüre zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung und ihren Familien in Münster
Antragsteller: Bunter Kreis Münsterland e.V.
Zuschuss: 4.200 €
- ~~6. Website der Skulptur Projekte 2027 in Leichter Sprache Antragsteller: LWL-Museum für Kunst und Kultur Zuschuss: 3.680 €~~

2. Anträge auf Förderung von Projekten können in diesem Jahr abweichend von den Förderrichtlinien nur noch bis zum 30.09.2026 gestellt werden.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2026	16.320	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan 2026 bei der o.a. Produktgruppe veranschlagt.

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0260/2026**
**Kommunale Pflegeplanung für die Stadt Münster
2026**

Herr Wölter wies darauf hin, dass er es befürworten würde, wenn zukünftig bestimmte Zielgruppen, wie Menschen mit Zuwanderungshintergrund oder Personen aus der LGBTIAQ+ Community im Bericht stärker sichtbar gemacht werden würden.
Insgesamt wurde die Vorlage von verschiedenen Ausschussmitgliedern gelobt.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Migration nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung
Verschiedenes

Keine Anmerkungen

gez.
Sebastian Nahrwold
Vorsitz

gez.
Daniela Noack
Schriftführung